



## Stellungnahme zum Antrag Nr.

Vorlage: <b>ST/0162/2020</b>		Datum: 27.08.2020	
<b>Dezernat 1</b>			
Verfasser:	83-EB "Rhein-Mosel-Halle"	Az.:	
<b>Betreff:</b>			
<b>Antrag FREIE WÄHLER Ratsfraktion: Notfonds statt Rheinland-Pfalz-Tag 2022</b>			
Gremienweg:			
03.09.2020	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP	öffentlich	

### Stellungnahme:

Mit Beschluss vom 26.09.2019 (BV/0756/2019) hat der Stadtrat die Verwaltung beauftragt, Vorbereitungen für die Ausrichtung des Rheinland-Pfalz-Tages im Jahr 2022 in Koblenz zu treffen. Dies unter der Maßgabe, dem Land maximal 250.000 Euro aus dem städtischen Haushalt in Aussicht zu stellen. Ferner sollten alle Kosten über 250.000 Euro vom Land (z.B. über Sponsoren) generiert werden. Aufgrund der negativen Auswirkungen des Coronavirus (COVID-19) auf die Wirtschaft hat die Verwaltung erhebliche Zweifel daran, dass die über die städtischen Eigenmittel hinausgehenden Mittel aufgebracht werden können. Auch legen weitere Rücksprachen mit Kollegen aus anderen, ausrichtenden Kommunen den Schluss nahe, dass ein Rheinland-Pfalz-Tag in Koblenz, entgegen ursprünglicher Hoffnungen, nicht mit einem vertretbaren Aufwand/Kosten/Nutzen-Verhältnis durchgeführt werden kann. Allein der zwischenzeitlich vom Amt für Personal und Organisation kalkulierte und zusammengestellte Personalaufwand wäre enorm. Hinzu kämen weitere Veranstaltungskosten.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Verwaltung von einer Ausrichtung des Rheinland-Pfalz-Tages abzusehen.

Die bisher nur als Absichtserklärung einer Höchstsumme für eine mögliche Veranstaltung des Rheinland-Pfalz-Tages 2022 vorliegenden Beträge i.H.v. 250.000.- € als Maximalbeitrag der Stadt Koblenz, inklusive aller Leistungen der Gesellschaften und Eigenbetriebe, stellen noch keinen Haushaltsansatz dar. Insofern werden durch die mögliche Absage dieser Veranstaltung keine veranschlagten Mittel frei.

Im Rahmen der noch anstehenden Haushaltsberatungen wäre somit über die Einrichtung von neuen Haushaltsstellen und, sofern gewünscht, entsprechender Förderrichtlinien zur Brauchtumsförderung zu beraten. Es handelt sich dabei um freiwillige Leistungen.

Die Verwaltung muss somit von einer Erweiterung der Gesamtsumme der freiwilligen Leistungen aus haushaltsrechtlichen Gründen abraten.

### Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat möge beschließen, den Beschluss vom 26.09.2019 (BV/0756/2019) aufzuheben und von der Ausrichtung des Rheinland-Pfalz-Tages im Jahr 2022 abzusehen.

